

Völker auf den Besitz der Massenvernichtungsmittel. Dazu gehört alles, was der Bemühung um die allgemeine totale Abrüstung und um einen organisierten Weltfrieden dient. Dazu gehören schließlich ein allgemeines Verbot aller Kernwaffen und die Vernichtung der vorhandenen Bestände, so daß am Ende die Atomenergie nur friedlichen Zwecken dient. Dazu gehören auch alle Versuche und Vorschläge zur Bildung von atomwaffenfreien Zonen und zur Schaffung international garantierter Neutralitätsverträge. Die ungelöste Deutschlandfrage ist eine gefährliche Wunde am Leibe Europas. Deshalb wenden wir uns an die Kirchen und Christen, an die Regierungen und an das Volk in beiden deutschen Staaten mit der Bitte, die besonderen deutschen Versuchungen zu erkennen, die in jeder Form der Aufrüstung, vor allem aber in der atomaren Aufrüstung liegen, und durch Verzicht darauf zum Frieden Europas und der Welt aktiv beizutragen.“

Es wird sodann Freiheit für die unterdrückten Völker in Lateinamerika und Asien (nicht in der Sowjetzone!) gefordert und die Frage der Entwicklungsländer mit guten Ratschlägen bedacht. Es versteht sich am Rande, daß in diesem Gremium immer nur der Westen auf der Anklagebank sitzt und kein Wort der Kritik über das System des atheistischen Kommunismus gewagt wird. Es wäre sicher verfehlt, die betreffenden christlichen Persönlichkeiten durch unguete Worte und Maßnahmen zu Märtyrern zu stempeln, aber man wird ihnen noch genauer auf die Finger sehen und sie mit geeigneter Aufklärung vor ihren Gemeinden als unverantwortliche Illusionäre und falsche Propheten entlarven müssen.

Man kann an dieser Botschaft unschwer erkennen, welchen Belastungen der Weltrat der Kirchen in Neu-Delhi, besonders nach der Aufnahme der Russisch-Orthodoxen Kirche, ausgesetzt sein wird. Die Vermutungen unseres Berichtes im letzten Heft (S. 474 f.) scheinen sich zu bestätigen.

Aus der islamischen Welt

Eine muslimische Union? Immer wieder werden mit einer gewissen Regelmäßigkeit von einigen muslimischen Regierungen gewisse Pläne zur Förderung einer „muslimischen Union“ oder zu einer religiösen und kulturellen Zusammenarbeit zwischen muslimischen Staaten vorgetragen. Das Gemeinsame derartiger Initiativen ist, daß sie feierlich proklamiert und drei Monate später vergessen sind. Es scheint, daß derartige Unternehmen, sofern mehr als ein Staat an ihnen beteiligt ist, zum Scheitern verurteilt sind, wenn auch jeder arabische Staat, der etwas auf sich hält, irgendwelche internationalen muslimischen Kongresse veranstaltet und irgendein Sekretariat unterhält. Dies alles dient für gewöhnlich einer bestimmten nationalen Propaganda, um nicht zu sagen den sehr eigennützigen Zwecken der jeweiligen Regierung. Wenn man von einigen wenigen Unternehmungen absieht, wie z. B. die Missionsaktivität, die von der Al-Azhar-Universität ausgeht (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 414), dann darf man feststellen, daß ihnen allen kein Erfolg beschieden war, nicht zuletzt deshalb, weil sie jeder als das erkennen kann, was sie sind, und sich kaum ein muslimischer Staat heute um des gemeinsamen Glaubens willen etwas vergibt.

Zur Kategorie der freundschaftlichen Zugeständnisse muslimischer Staatsmänner untereinander ist auch ein ge-

meinsames Kommuniqué des Königs Saud von Arabien, des Ministerpräsidenten von Senegal, Mamadu Dia, des Scheikh Ibrahim Iman von Senegal und einiger Minister von Kamerun, Malaya und Indonesien anzusehen. Diese kamen anlässlich ihrer Pilgerfahrt in Mekka zusammen und beschlossen:

1. religiös und politisch zusammenzuarbeiten gemäß den Vorschriften des Islam und des Buches Gottes (des Koran);
2. Diese Zusammenarbeit werde ihnen gestatten, gemeinsam ihre Brüder, die gegen den Imperialismus und für die Befreiung ihrer Heimat, besonders Palästinas und Algeriens, kämpfen, zu unterstützen, desgleichen jeden Muslim, der zu Unrecht aus seiner Heimat vertrieben wurde.

3. Die Versammelten erklären, daß die zionistischen Banden, die Palästina angegriffen haben, eine Gefahr für den Islam und die Muslimen darstellen, da deren Ideologie dem Islam feindlich ist. Daher haben alle Muslimen die Pflicht, alles zu tun, um die Rechte der palästinensischen Araber zu verteidigen.

4. In Medina (Saudi-Arabien) soll eine muslimische Universität errichtet werden, die Mittelpunkt und Stütze des Studiums und des Unterrichts in der muslimischen Religion werden soll. Die Beteiligten werden den Besuch dieser Universität fördern. Sie betrachten jede kulturelle muslimische Zusammenarbeit mit Wohlwollen und wünschen, daß dieses Werk baldmöglichst begonnen werde. König Saud möge in nächster Zeit dieses Objekt vorantreiben.

Während der Zusammenkunft erklärte König Saud seine Pläne für eine islamische Union der muslimischen Staaten, die eine freie Zusammenarbeit zwischen den muslimischen Staaten der ganzen Welt ermöglichen soll. Besonders der inzwischen verstorbene König Mohammed V. von Marokko und der Präsident der Republik Pakistan, Ayub Khan, hätten die Pläne König Sauds mit Begeisterung aufgenommen („L'Orient“, 1. 6. 61).

Wie bereits gesagt, kommt einer derartigen Deklaration kaum eine Bedeutung zu. Sie zeigt im Grunde nur, wie sehr die Religionspolitik von nationalen und politischen Motiven bestimmt wird. Die Erklärung gegen den Zionismus, die nichts Neues enthält, ist vor allem für den afrikanischen Gebrauch bestimmt.

Eine gewisse Bedeutung hat lediglich der Plan der Universitätsgründung in Medina. Hinter diesem Plan steht wohl mehr als nur der Wunsch König Sauds, auch in Arabien eine eigene Religionshochschule zu haben. Vielmehr wird hier versucht, ein Gegengewicht zur Al-Azhar-Universität in Kairo zu schaffen. Diese ist seit Jahrhunderten der religiöse Mittelpunkt des arabischen Orients und eines Teiles des muslimischen Afrika. In den letzten Jahren ist die Al-Azhar-Universität immer mehr zum Instrument der ägyptischen Außenpolitik und der nasseristischen Propaganda geworden (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 413 ff.). Am 23. Juni 1961 (also nach dieser Resolution, aber keineswegs überraschend) hat die ägyptische Nationalversammlung durch Gesetz beschlossen, die Al-Azhar-Universität zu einer modernen Universität auszubauen, und diese zugleich dem Präsidenten der Vereinigten Arabischen Republik, Gamal Nasser, unterstellt. Sie soll auch in Zukunft die höchste Autorität in religiösen Fragen bleiben (was natürlich nur für Ägypten verbindlich ist). Viele arabische und muslimische Staaten beobachten diese Entwicklung mit Mißtrauen, nicht zu Unrecht, denn eine nasseristische Infiltration des höheren

muslimischen Klerus durch die Al-Azhar-Universität wird auf die Dauer kaum zu vermeiden sein.

Die vorerst nur geplante Universität von Medina hat allerdings nichts, was dem Ruhm der Al-Azhar-Universität vergleichbar wäre. Nur der Ort Medina, von dem der Siegeszug des Islam ausging, und die relative Nähe des größten muslimischen Heiligtums, Mekkas, könnten dieser Universität zugute kommen, und eben der Umstand, daß einige muslimische Staaten vielleicht den Besuch dieser Universität fördern werden. Bis es soweit ist, werden allerdings noch Jahre vergehen, und es ist durchaus fraglich, ob zu dieser Universität auch nur der Grundstein gelegt werden wird.

Aus der totalitären Welt

Der VI. Pädagogische Kongreß der „DDR“

Vom 3. bis 5. Juni 1961 tagte in der Ost-Berliner Dynamo-Sporthalle der VI. Pädagogische Kongreß der Sowjet-

zone, an dem etwa 1000 Delegierte und Gäste teilnahmen. Dieser Kongreß stand unter dem Motto: „Für die Verbesserung des Lernens und der sozialistischen Erziehung an den Oberschulen.“ Die beiden Referate hielten Volksbildungsminister Prof. Dr. Alfred Lemnitz und der Erste Sekretär des Zentralrats der FDJ, Horst Schumann. Auf einem Empfang des Zentralkomitees der SED, des Staatsrates sowie des Ministerrates der „DDR“ für die Pädagogen trat auch Walter Ulbricht auf.

Die Aufgabe des Pädagogischen Kongresses bestand darin, nach Verkündung des neuen Schulgesetzes vom Jahre 1959 (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 424 ff.) erstmals eine Art öffentlicher Bilanz über das sozialistische Schulwesen zu ziehen und auf breiterer Grundlage Maßnahmen zu erörtern, die dem Ausbau der sozialistischen Schule dienen sollten.

Dem Kongreß ging eine vorbereitende öffentliche Diskussion voraus. In der SED-Parteipresse und in der „Deutschen Lehrerzeitung“ wurde bereits vorher eine Diskussionsgrundlage abgedruckt, die mit „Lernen und die Welt verändern“ betitelt war („Neues Deutschland“, 16. 3. 61). Während der Vorbereitungskampagne spielte auch ein angeblicher Brief einer Oberschülerin Karin an ihren Lehrer eine bedeutende Rolle, der unter dem Titel „Ihr Unterricht war die Theorie, was ich erlebte die Praxis“, veröffentlicht am 22. Februar 1961 im „Neuen Deutschland“, zur Diskussion gestellt wurde.

Die vorbereitende Diskussionskampagne und der Kongreß selbst gaben manche interessanten Aufschlüsse über das Gesicht der sozialistischen Schule in der SBZ, über ihre Schwächen sowie auch über die ihr in nächster Zeit gestellten Aufgaben.

Mängel und Korrekturen

In den vergangenen Jahren hatten die kommunistischen Schulbehörden ihre Anstrengungen auf die Einführung des polytechnischen Unterrichts und den Aufbau einer zehnklassigen Grundschule konzentriert. Jetzt mußte man sich eingestehen, daß man in wichtigen Punkten versagt hat. In der Diskussionsgrundlage hieß es:

„In einer großen Anzahl unserer Schulen gibt es ernsthafte Mängel in der pädagogischen Arbeit. Die Schwächen zeigen sich besonders darin, daß

1. dem intensiven Lernen nicht immer die genügende Aufmerksamkeit geschenkt und

2. die sozialistische Erziehung vernachlässigt wird.

Viele Schüler verfügen noch nicht über genügend exakte und sichere Kenntnisse, und das selbständige Denken wird zuwenig gefördert.

Im Fachunterricht gibt es an vielen Schulen ernste Mängel. Im mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterricht wird trotz aller Fortschritte das Grundwissen zuwenig gefestigt. Im Deutschunterricht sind die Leistungen im mündlichen und schriftlichen Ausdruck sowie in der Rechtschreibung vielfach unzureichend. In den Fremdsprachen, besonders im Russischunterricht, werden Sprechfertigkeit und korrekte Aussprache unzureichend entwickelt. Im Geschichts- und Staatsbürgerkundeunterricht werden nicht genügend exakte Kenntnisse vermittelt und die Schüler ungenügend zu Einsichten und Erkenntnissen geführt. Die musische Bildung durchdringt noch nicht alle Bereiche des schulischen Lebens. Bei einem nicht geringen Teil der Schüler der oberen Klassen gibt es ideologische Konflikte, die im Unterricht nicht geklärt werden. In der Unterstufe werden die Schüler vielfach, besonders in den 3. und 4. Klassen, nicht zielstrebig auf den Fachunterricht vorbereitet. Lesen, Schreiben und Rechnen werden nicht an allen Schulen genügend geübt. Die körperliche Erziehung der Schüler weist ernste Mängel auf . . .“

Bei verschiedenen kommunistischen Lehrern herrschte die Auffassung vor, man müsse in erster Linie die Kinder zu einem politisch-bewußten Verhalten erziehen und dabei auch lesen, schreiben, rechnen. Diese offen ausgesprochenen Mängel kommen vorwiegend daher, daß man in den letzten Jahren weit stärker als früher versucht hat, den Unterricht in allen Fächern politisch-weltanschaulich zu durchdringen. Durch verstärkten politisch-weltanschaulichen Druck hat man zahlreiche gute Fachlehrer zur Flucht bzw. aus den Schulen gedrängt. Vielerorts führte die Einführung des neuen Schulgesetzes zu einem Absinken des Niveaus.

Die kommunistische Führung braucht aber zur Verwirklichung ihrer wirtschaftlichen Ziele Menschen mit einer relativ guten Schulbildung vor allem in den naturwissenschaftlich-technischen Disziplinen. Aus den Lehrbetrieben und von den Universitäten kamen jedoch in letzter Zeit häufig Klagen über die mangelhafte Ausbildung in den Schulen.

Sowohl Prof. Dr. Lemnitz als auch der ZK-Sekretär Kurt Hager forderten, daß die sozialistische Schule eine Stätte intensiven Lernens werden müsse. Auch Walter Ulbricht bemerkte auf dem Empfang:

„Ein entscheidendes Problem ist, wie unsere pädagogische Arbeit so entwickelt werden kann, daß den Schülern hohe wissenschaftliche und fachliche Kenntnisse vermittelt werden, die sie befähigen, auch noch im Jahre 2000 ihren Mann im Leben zu stehen. Besonders wichtig sind — das kann man gar nicht genug unterstreichen — Mathematik und die naturwissenschaftlichen Fächer. Insgesamt muß unsere sozialistische Schule eine Stätte fleißigen und intensiven Lernens sein, und zwar von der ersten Klasse an.“

Zum Teil wurden in den Referaten und Diskussionsbeiträgen pädagogische Binsenwahrheiten lautstark verkündet, womit man offensichtlich gegen verschiedene Experimente Stellung nahm. Zum Beispiel wurde festgestellt:

„In vielen Schulen unterstützen sich die Schüler gegenseitig beim Lernen. Das ist wertvoll. Entscheidend ist aber das individuelle Lernen, das selbständige Anfertigen der Hausaufgaben, das eigene Durchdenken von Problemen, das selbständige Aneignen von Vokabeln, das Einprägen und Wiederholen wichtiger Lehrsätze . . .“

„Das wichtigste Mittel der sozialistischen Bildung und Erziehung ist der vom Lehrer geleitete und organisierte, mit dem Leben verbundene Unterricht. Die Hauptform des Unterrichts in der sozialistischen Schule ist die Unterrichtsstunde im Klassenverband.“